Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

203 (31.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 203 | Mittwoch, den 31. August 1932 | 104. Jahrgang

Die Eröffnung des Reichstages

Vor der ersten Reichstagssitzung

Die kommunistische Alterspräsidentin Frau Zetkin ist am Dienstag in den Vormittagsstunden von Parteifreunden in das Reichstagsgebäude geleitet worden, und zwar durch eine Seitenportal, so daß sie den Tonfilmoperateuren und Photographen, die sich am Haupteingang postierten, entkommen ist. In der näheren Umgebung des Reichstagsgebäudes sammelte sich in den Mittagsstunden eine immer größer werdende Menschenmenge an die langsam von einem starken Polizeiaufgebot abgedrängt wurde. Die nationalsozialistischen Abgeordneten betraten das Gebäude teils im Braunhemd, teils auch in der schwarzen SS-Uniform.

Die erste Sitzung

Berlin, den 30. August.

Der ersten Sitzung waren im Dom und in der Hedwigskirche Gottesdienste vorausgegangen. Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Im Sitzungssaal finden sich die uniformierten Nationalsozialisten erst beim ersten Klingelzeichen kurz vor 3 Uhr ein. Die Regierungsbänke sind nicht besetzt. Auf dem noch leeren Präsidentensessel liegt ein dickes Kissen. Die Deutschnationalen sind ihrem Fraktionsbeschluß gemäß zunächst der Sitzung ferngeblieben.

Nach 3 Uhr wird Frau Klara Zetkin, die kommunistische Alterspräsidentin, von zwei weiblichen Fraktionsgenossinnen zu dem Präsidentensitz geleitet. Die Kommunisten rufen im Sprechchor: „Wir grüßen die antifaschistische Rote Einheitsfront und unsere Genossin Klara Zetkin mit einem dreifachen Ruf „Rot Front“.“

Die übrigen Abgeordneten hören sich die Kundgebung schweigend an.

Frau Zetkin

erklärt mit sichtlicher Anstrengung: Nach der Geschäftsordnung wird die Sitzung des Reichstages durch das älteste Mitglied eröffnet und geleitet. Nach der Feststellung des Reichstagsbüros bin ich das älteste Mitglied. Ich bin am 5. Juli 1857 geboren. Wenn ein Mitglied älter sein sollte, bitte ich es, sich zu melden und meine Stelle einzunehmen. — Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Sitzung und berufe die Schriftführer.

Nachdem die Schriftführer ihre Plätze eingenommen haben, hielt Frau Zetkin folgende Ansprache:

Der Reichstag tritt in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel furchtbarster Leiden überschüttet. Der weitere Abbau des Tarifrechts und des Schlichtungswesens wird die Entbehrungslöhne noch tiefer senken. Die politische Macht hat zur Stunde in Deutschland ein Präsidialkabinett an sich gerissen, das unter Ausschaltung des Reichstages gebildet wurde, das der Handlanger des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrariertums, und dessen treibende Kraft die Reichswehrgeneralität ist. (Sehr wahr bei den Kommunisten.)

Trotz der Allmacht, über die diese Regierung verfügt, hat sie gegenüber den innen- und außenpolitischen Aufgaben gänzlich versagt. Sozial Hilfsbedürftige erblickt die Regierung nur in verschuldeten Großagrariern, krachenden Industrieherren, Bankgewaltigen, Reedern und gewissenlosen Spekulanten und Schiebern. Ihre Außenpolitik wird geleitet von imperialistischen Gelüsten und bringt Deutschland in steigende Abhängigkeit von den Großmächten des Versailler Vertrages. Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die Morde der letzten Wochen, für die es die volle Verantwortung trägt durch die Aufhebung des Uniformverbots für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen.

Ehe der Reichstag, so heißt es in der Erklärung weiter, Stellung nehmen kann zu Einzelaufgaben der Stunde, muß er seine zentrale Pflicht erkannt und erfüllt haben: **Sturz der Reichsregierung**, die den Reichstag durch Verfassungsbruch zu beseitigen versucht, Anklage des Präsidenten und der Reichsminister wegen Verfassungsbruches. (Beifall bei den Kommunisten.) Der Sturz der Regierung muß das Signal sein zum Aufmarsch und zur vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb des Parlaments, um zunächst vor allem den Faschismus niederzuringen. (Abg. Torgler — Kom. — flüstert der Rednerin zu, sie möge ihre Rede abkürzen; sie antwortet jedoch Nein, nein! und fährt fort.) Belgien, so führt die Rednerin weiter aus, zeige den Werktätigen, daß der Massenstreik eine Waffe sei, die auch in der Periode tiefster wirtschaftlicher Krisis ihre Schneide bewahre. Die außerparlamentarische Machtentfaltung der Werktätigen müsse über das Augenblicksziel hinaus auf den Sturz des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft gerichtet sein. Die russische Revolution sei der weltgeschichtliche große Beweis, daß die Schaffenden die Kraft hätten, ihre Feinde niederzuwerfen und eine neue Wirtschaftsordnung aufzurichten. Das Gebot der Stunde sei die Einheitsfront aller Werktätigen. (Beifall bei den Kom.) Vor dieser Notwendigkeit müßten alle trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Anschauungen zurücktreten. Eine internationale Schicksalsgemeinschaft, so erklärt die Rednerin mit erhobener Stimme, müsse die ehern geschmiedete Kampfgemeinschaft der Werktätigen in allen Herrschaftsgebieten des Kapitalismus werden.

Unter stürmischem Beifall schließt die Alterpräsidentin ihre mehr als einstündigen Ausführungen mit der Hoffnung, trotz ihrer jetzigen Invalidität noch die Freude zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen.

Die Ansprache wurde an einzelnen Stellen von den Kommunisten mit Sehr wahr-Rufen begleitet. Die übrigen Abgeordneten enthielten sich jeder Kundgebung. Frau Zetkin merkte man deutlich die große Anstrengung an, die ihr das Sprechen machte. Sie war zwar deutlich verständlich, sprach aber langsam mit immer größer werdenden Pausen und mußte häufig das Taschentuch zum Munde führen.

Nach dem Schluß der Rede legte sich Frau Zetkin erschöpft zurück. Die Kommunisten brachen in lautes Beifallsklatschen aus, in das einige Tribünenbesucher einstimmten.

Nun folgte der **Namensaufruf der Abgeordneten** und nun erst kamen die Deutschnationalen in den Saal.

Der Schriftführer **Torgler** (Kom.) verliest dann das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen, in dem auch die letzten Notverordnungen aufgeführt sind.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses — es sind 578 Abgeordnete anwesend — beantragt Abgeordneter **Rädel** (Kom.) die sofortige **Haftentlassung** des am Samstag in Stuttgart verhafteten kommunistischen Abgeordneten Schlaffer. Abg. **Frick** (NS) erklärt, seine Freunde würden diesem Antrag nicht widersprechen. Er beantragte die Haftentlassung des Abgeordneten Moder-Schleswig-Holstein (NS).

Beide Anträge werden **einstimmig angenommen.**

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin setzt nunmehr die

Wahl des Präsidiums

auf die Tagesordnung.

Abg. **Frick** (NS) schlägt zum Reichstagspräsidenten den Abgeordneten **Göring** (NS.) vor.

Abg **Rädel** (Kom.) schlägt den Abgeordneten Torgler (Kom.) vor. Er verliest dazu eine Erklärung seiner Fraktion, daß sie im Falle einer Nichtwahl Torglers für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten stimmen werde, ohne damit ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellen zu wollen. Das Zentrum trage die Verantwortung für die Wahl eines nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten.

Abg **Dittmann** (Soz) erklärt, daß die Sozialdemokraten für den bisherigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe stimmen würden.

Darauf wird die Wahl des Reichstagspräsidenten durch Abgabe der Stimmkarten vorgenommen.

Ergebnis der Präsidentenwahl

Die Präsidentenwahl brachte das Ergebnis, daß 367 Stimmen für den Abg. Göring (NS.), 135 Stimmen für den Abg. Löbe (Soz.), 80 Stimmen für den Abg. Torgler (Kom.) abgegeben worden sind. Eine Stimme fiel auf den Abg. Stöhr (NS).

Zum Reichstagspräsidenten ist also der Abg. Göring mit absoluter Mehrheit gewählt worden. Die Nationalsozialisten begrüßten das Wahlergebnis mit lebhaftem Beifallsklatschen und mit Heilrufen. Abg. Göring nahm die Wahl an.

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin erklärte: Damit ist meine Pflicht als Alterspräsidentin erfüllt und **der gewählte Präsident** muß seines Amtes walten. Ein Nationalsozialist ruft: „Frau Zetkin, das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder!“ Unter lauten Heilrufen der Nationalsozialisten nimmt der neugewählte Reichstagspräsident **Göring den Präsidentensitz** mit dem Hitlergruß ein, der von seiner Fraktion erwidert wird. Er erklärt: Durch die Mehrheit als Vertreter der stärksten Fraktion zum Reichstagspräsidenten gewählt, danke ich für das Vertrauen und verspreche, mein Amt unparteiisch und gerecht und nach der bestehenden Geschäftsordnung auszuüben. (Beifall bei den NS.) Ich werde für die Ordnung und Würde dieses Hauses Sorge tragen, ich lasse aber keinen Zweifel daran, daß ich ebenso wenig die Würde und die Ehre des deutschen Volkes antasten lassen werde. Auch die Ehre der Geschichte des deutschen Volkes wird in mir einen berufenen Hüter finden. (Beifall und Heilrufe bei den NS.)

Der Präsident beruft dann vier weitere Schriftführer zur Unterstützung der weiteren Wahlhandlung. Er bittet um Vorschläge für den ersten Vizepräsidenten. Abg Dr Frick (NS.) schlägt den Abg Esser (Z.) vor. Abg. Torgler (Kom.) ruft: „Das sind die ersten Früchte der neuen Koalitoin.“ Von den Sozialdemokraten wird Abg. Löbe (S.) und von den Kommunisten Abg. Torgler vorgeschlagen.

Bei der **Wahl des ersten Vizepräsidenten** erhielt von 568 abgegebenen gültigen Stimmen der Abgeordnete **Esser** (Z.) 276 Stimmen, der Abgeordnete **Löbe** (Soz.) 214 Stimmen, der Abgeordnete **Torgler** erhielt 77 Stimmen und die Abg. Zetkin (Kom) 1 Stimme. Da keiner der Abgeordneten die absolute Mehrheit von 284 Stimmen erhielt, muß **Stichwahl** zwischen dem Abgeordneten Esser und Löbe stattfinden.

Die Stichwahl ergibt die Wahl des **Abgeordneter Esser** (Z.) mit 367 Stimmen gegen 138 Stimmen, die für den Abgeordneten Löbe (Soz.) abgegeben worden sind. Die 78 kommunistischen Stimmen für den Abg. Torgler waren bei der Stichwahl ungültig. Abg. Esser nimmt die Wahl an. Als zweiter Vizepräsident wird von den Nationalsozialisten der Abg. **Gräf-Thüringen** (Dntl.) vorgeschlagen.

Zum **zweiten Vizepräsidenten** wird gewählt: **Gräf** (Dntl.) mit 335 Stimmen. Es erhielten weiter Löbe (Soz.) 139, Torgler (Kom.) 78 Stimmen. Gräf ist mit Mehrheit gewählt, er nimmt die Wahl an.

Für den Posten des **dritten Vizepräsidenten** werden vorgeschlagen Rauch (B.Vp.), Löbe und Torgler.

Gewählt wird als **dritter Vizepräsident Rauch-München** (B.Vp.) mit 350 Stimmen, während Löbe 124 Stimmen, Torgler 76 Stimmen, Dingeldey 1 Stimme erhielten. Darauf folgten die Wahlen der Schriftführer.

*

Erklärung des Präsidenten und Vertagung

Reichstagspräsident **Göring** erklärt, daß sämtliche Ausschüsse sich morgen konstituieren und bat um die **Ermächtigung**, dem **Reichspräsidenten die Bitteauszusprechen, das Präsidium des Reichstags unverzüglich zum Vortrag zu empfangen. Es würden sich die Nachrichten häufen, daß eine Ausschaltung des Reichstages beabsichtigt sei. Das deutsche Volk weise solche Gerüchte zurück. Der Reichspräsident werde verfassungsgemäß handeln. die Wahl des Präsidiums habe erwiesen, daß der neue Reichstag über eine große nationale Mehrheit verfüge und daß kein staatsrechtlicher Notstand gegeben sei zur Ausschaltung des Parlaments. Der Präsident sei überzeugt, daß der neue Reichstag die großen nationalen Aufgaben erfüllen werde, denn er verfüge zum erstenmal über eine nationale Mehrheit.**

Ein komunistischer Antrag auf eine Sitzung am Mittwoch wurde abgelehnt und dem Präsidenten überlassen, die nächste Sitzung einzuberufen.

*

Nach der Vollsitzung Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages

Nächste Vollsitzung am Donnerstag oder Freitag nächster Woche.

T.U. **Berlin**, 30. Aug. Der Aeltestenrat des Reichstages trat am Dienstag abend nach der Vollsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Göring zusammen und beschloß zunächst, daß am Mittwoch außer dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, und dem Auswärtigen Ausschuß, der Haushaltsausschuß und der Geschäftsordnungsausschuß gebildet werden sollen. In den beiden letzteren Ausschüssen führen die Nationalsozialisten den Vorsitz, während im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Sozialdemokraten und im Geschäftsordnungsausschuß das Zentrum den Vorsitz stellt.

Für die nächste Reichstagssitzung sind endgültige Beschlüsse noch nicht getroffen, da zunächst das Ergebnis der Besprechungen des Reichstagspräsidiums in Neudeck mit dem Reichspräsidenten, sowie auch mit der Reichsregierung abgewartet werden soll. Der Zeitpunkt der Reise nach Neudeck wird erst entschieden werden, wenn die Antwort des Reichspräsidenten auf das Telegramm des Reichstagspräsidiums vorliegt, was voraussichtlich am Mittwoch der Fall sein wird. In Aussicht genommen ist jedenfalls, die nächste Vollsitzung schon in der nächsten Woche, und zwar entweder am Donnerstag oder am Freitag abzuhalten. Auf die Tagesordnung soll eine Erklärung der Reichsregierung gesetzt werden. Der Aeltestenrat wird zu einer Sitzung einberufen werden, falls sich die Regierung nicht bereit erklärt, diese Erklärung in der nächsten Woche abzugeben.

*

Verschiebung der Entscheidungen?

T.U. **Berlin**, 30. Aug. Eine Entscheidung des Reichspräsidenten im Hinblick auf das Telegramm des Reichstagpräsidiums, das den Wunsch zum Empfang durch den Reichspräsidenten zum Ausdruck bringt, dürfte erst im Laufe des Mittwoch vormittag erfolgen. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch, daß der Reichspräsident den Wunsch aussprechen wird, den Empfang des Reichstagspräsidiums bis zu seiner Ankunft in Berlin in der Mitte der kommenden Woche zu verschieben. Da der Reichstagspräsident Göring die Ermächtigung hat, Tag und Stunde der neuen Reichstagssitzung zu bestimmen, würde dies also auf eine Verschiebung der Entschlüsse des Reichstages hinauslaufen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß auch der Reichskanzler von sich aus in seiner Rede in Münster eine politische Rede im Reichstag angekündigt hat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Tagesübersicht

In der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und dem Reichswehrminister in Neudeck hat der Reichspräsident seine Zustimmung zum Wirtschaftsprogramm der Regierung erteilt. Die Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Uebereinstimmung.

*

Der neue Reichstag wurde am Dienstag nachmittag mit einer Ansprache der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin eröffnet. Zum Reichstagspräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Göring gewählt.

*

Zum Reichstagspräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Göring gewählt, zu Vizepräsidenten Esser (Z.) und Gräf (Dntl.).

*

Das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts" ist einschließlich seiner Abendausgabe „Der Abend" auf drei Tage verboten worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gegen das Verbot eine Interpellation im Reichstage eingebracht.

*

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Gouverneurs der Bank von England in Amerika werden Gerüchte über eine große internationale Anleihe zur völligen Liquidierung der restlichen Kriegsschulden und Reparationen laut.

*

Die Zusammenkunft des englischen Innenminister Sir Herbert Samuel mit den französischen Ministern auf der Kanalinsel Jersey nahm Dienstag mit verschiedenen Empfängen ihren Fortgang.

*

Präsident Hoover empfing am Dienstag den Vorsitzenden des Reichsausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär a. D. Lewald, und nahm von ihm die Einladung zu den olympischen Spielen 1936 in Berlin entgegen.

*

Der New-Yorker Bürgermeister Walker, dessen Prozeß außerordentlich ungünstig steht, hat einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Um Deutschlands Sicherheit

Ein Artikel des Reichswehrministers

Unter der Ueberschrift „Um Deutschlands Sicherheit" befaßt sich Reichswehrminister von Schleicher im „Heimatdienst" mit dem Ergebnis des ersten Abschnittes der Abrüstungskonferenz. Herriot habe, so führt der Minister u. a. aus, mit seiner Erklärung vom 23. Juli 1932, daß Frankreich Sicherheit nicht für sich allein, sondern für alle Nationen fordere, das **Ziel der Abrüstungskonferenz** klar umrissen. Wenn die französische Politik dieses Ziel aber auf dem Umwege völkerrechtlicher Vereinbarungen über Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Hilfeleistung erreichen wolle, so verberge sich dahinter nicht nur Frankreichs Anspruch auf erneute Anerkennung der 1919 geschaffenen Hegemonie, sondern diese Forderungen stünden auch im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Konferenz, die eindeutig den Namen trage „Konferenz zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen". Einen anderen Weg, dieses Ziel zu erreichen, als **Verwirklichung gleicher nationaler Sicherheit für alle Völker durch Abrüstung** der hochgerüsteten Staaten, als Beseitigung des unwürdigen Zustandes einer Trennung der Mächte in bevorrechtigte und entmündigte Staaten gebe es nicht.

Zwei Maßstäbe ermöglichen eine gerechte Würdigung des Ergebnisses der Genfer Verhandlungen: einmal die Frage, was in diesem halben Jahr für die Abrüstung erreicht wurde, sodann der Gesichtspunkt, ob und inwieweit das Ergebnis dem Grundsatz der Gleichberechtigung Rechnung trägt. Entkleide man den ersten Teil der Entschließung vom 23. Juli 1932 aller schmückenden Beiworte, so bleibe das Wunschbild übrig, daß „eine wesentliche Herabsetzung der Land-, See- und Luftrüstungen durchgeführt werden wird", und „daß ein wesentliches Ziel die Verminderung der Angriffsmittel ist". Bedurfte es, fragt Minister von Schleicher, des Aufgebots aller Staatsmänner und eines Heeres von Sachverständigen, um in sechs Monaten diese Grundsätze zu finden? Waren 13 Jahre nötig, um als „Ziel" die Verminderung der Angriffsmittel zu setzen, nachdem die Abrüstungsspezialisten der Siegermächte in den Friedensverträgen von 1919 eine lückenlose Liste der Angriffswaffen aufstellten und ihre Abschaffung bei den ehemaligen Mittelmächten erzwangen? Ein Blick auf die konkreten Abrüstungsvorschläge der Entschließung verstärke die Zweifel, die die einleitenden Sätze erwecken. Die Entschließung begnüge sich damit, ein Verbot von Luftangriffswaffen gegen die Zivilbevölkerung in Aussicht zu stellen. Die vollständige Abschaffung des Bombenabwurfes aus der Luft werde von den Voraussetzungen einer Einigung über die zahlenmäßige Begrenzung der Militärluftfahrt und einer „Internationalisierung" der Zivilluftfahrt abhängig gemacht. Die Verwirklichung der Abrüstungsvorschläge vom 23. Juli würde die tödliche Luftbedrohung Deutschlands in keiner Weise mindern, vielmehr das friedliche Verkehrsmittel der deutschen Zivilluftfahrt in neue Fesseln schlagen.

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sehe die Entschließung die zahlenmäßige Begrenzung der schweren Artillerie, die Festsetzung von Höchstkalibergrenzen und eine Höchstgrenze von Kampfwagen vor. Bei den Sachverständigenberatungen in Genf seien als Höchstkaliber für Geschütze und als Höchstgewicht für Tanks Zahlen genannt worden, die die heute üblichen Höchstgrenzen überschreiten. Die Herabsetzung der Heeresstärken bleibe der Zukunft überlassen. Die Frage der Wehrsysteme, der ausgebildeten Reserven, des lagernden Kriegsmaterials, der militärischen Jugendausbildung würden in der Entschließung überhaupt nicht erwähnt. Hinsichtlich der Seerüstungen finde sich kein Wort über die Abschaffung der U-Boote, der Flugzeugträger, die Ausdehnung der für die deutsche Marine vorgeschriebenen Größen und Kaliberbeschränkungen auf die anderen Seemächte.

Als greifbare Ergebnisse der Entschließung, heißt es in dem Artikel weiter, bleiben lediglich zwei Punkte, auch diese von mehr als fragwürdigem Wert. Das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges bedeute nur die erneute Anerkennung eines schon seit 1925 von 34 Staaten, darunter allen europäischen Großmächten, ratifizierten Abkommens. Und die Verlängerung des Rüstungsstillstandes um vier Monate vom 1. November 1932 ab läuft praktisch auf eine Verlängerung des Zustandes hinaus, dessen Beseitigung sich die Konferenz zum Ziele gesetzt hat. Erwähne man noch die Tatsache, daß die Entschließung nichts Positives sage über die deutsche Gleichberechtigungsforderung, so sei die Grundlage für das abschließende Urteil gegeben: **Der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz hat keinen merklichen Fortschritt in der Richtung einer allgemeinen Abrüstung gebracht. Die Entschließung vom 23. Juli läßt nicht nur die Gleichberechtigung außer acht, sie zielt vielmehr auf die Fortdauer entwürdigender Sonderbehandlung einzelner Staaten ab. Die nationale Sicherheit Deutschlands bleibt weiterhin in unerträglicher Weise gefährdet. Das Urteil, das der Delegierte einer fremden Macht über die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission fällte, gilt auch für den ersten Konferenzabschnitt: Man hat wieder eine feierliche Pontifikalmesse für die Abrüstung gelesen mit dem Vorsatz, in allen sieben Todsünden des Wettrüstens zu verharren.**

Die deutsche Regierung habe aus dieser Entwicklung die einzig mögliche Folgerung gezogen, indem sie die **Entschließung vom 23. Juli ablehnte** und ihre weitere Mitarbeit von der vorherigen Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung abhängig machte. Sie sei damit den **Weg nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit** gegangen.

Zum Schluß kommt der Minister auf seine Ankündigung zu sprechen, daß ein **Umbau der deutschen Wehrmacht** notwendig werde, falls die Siegermächte die Einlösung ihres Abrüstungsversprechens weiterhin verweigerten. Jene Ankündigung sei an alle gerichtet gewesen, die Ohren haben, zu hören. Ich brauche hier, fährt Minister von Schleicher u. a. wörtlich fort, den unbeirrbaren Friedenswillen Deutschlands nicht zu bekräftigen. Der beste Garant eines dauerhaften Friedens aber ist ein Deutsches Reich, dessen Souveränität nicht durch entwürdigende Sonderbestimmungen beeinträchtigt ist und das seine ursprünglichste Funktion, für die Sicherheit seiner Bewohner zu sorgen, auch wirklich erfüllen kann. Hier gilt das Wort des Präsidenten Hoover in seiner Rede vom 11. August 1932 über die „vergifteten Quellen der politischen Unstabilität, die in den Verträgen liegen, die den Krieg abschlossen".

Das Ausmaß einer Umorganisation der Reichswehr hänge in erster Linie vom Grade des Abrüstungswillens der höchstgerüsteten Staaten ab. Deutschland beanspruche für seine Sicherheit nicht mehr und nicht weniger als die anderen Mächte für sich fordern. Es sei bereit, auch in Zukunft an einer wirklichen Abrüstung mitzuarbeiten, aber man dürfe die Geduld des deutschen Volkes nicht länger mißbrauchen. Artikel 5 der Völkerbundsstatuten setze für die regelmäßige Nachprüfung und Berichtigung der Abrüstungspläne ein Höchstmaß von zehn Jahren. Deshalb habe Deutschland seine Gleichberechtigungsforderung jetzt nachdrücklich angemeldet als Prüfstein für den guten Willen seiner Vertragspartner. Sie beziehe sich ebenso auf die grundsätzliche Frage der Wehrverfassung wie auf die sogenannten Angriffswaffen, die bei den Sachverständigenberatungen in Genf sich plötzlich in Verteidigungsmittel verwandelten. Deutschland wolle keine Teilnahme am Wettrüsten, aber es fordere das Recht, seine beschränkten Geldmittel so anzulegen, daß sie einen günstigen Nutzeffekt für die Landesverteidigung bringen. Der Artikel schließt: „Die Lösung dieser Frage wird und muß in der nächsten Zukunft gefunden werden. Denn sie ist nicht nur eine Frage der Ehre und Würde des deutschen Volkes, sondern auch eine Lebensnotwendigkeit für die Welt, deren Frieden nur auf der Grundlage des Vertrauens, des Rechtes und der Freiheit gedeihen kann."

Uneingeschränkte Vollmacht für Papen

T.U. **Berlin**, 31. Aug. Es bestätigt sich, daß Reichskanzler von Papen vom Reichspräsidenten von Hindenburg die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages bekommen hat. Der Reichskanzler hat nach einer Meldung Berliner Blätter entgegen anderen Gerüchten, die im Reichstag verbreitet waren, die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages ohne Bedingungen oder Einschränkungen erhalten.

Tages-Anzeiger

Mittwoch, den 31. August.

Skala-Tonfilm-Theater: „Der Frechdachs", 7 und 9 Uhr.
Städt. Konzerthaus: Sommeroperette: „Der Graf von Luxemburg", 20—23 Uhr.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

4)

„Wie eine Lasur auf Glas . . ."

„Oder wie ein Transparent!" ergänzte die Schwärmerin.

Kerkhoff wurde still. Er mußte daran denken, wie er dieses Felsmassiv zum erstenmal erstieg. Damals war er dem Tode näher, als dem Leben, als er ein Stück über einen Steilhang abrutschte . . .

„Weißt du," zwitscherte Ursel, „an den wagen sich nur die schlanken Braunen, die Höhenwanderer, das sind meist die mit den dünnen Brieftaschen. Die andern, die satten und eleganten Nichtstuer bleiben in den Kaffeehäusern und Hotels von Berchtesgaden; denen ist die Herrlichkeit der Natur ja doch nur Rahmen und Kulisse . . ."

Kerkhoff preßte stumm die Hand der Sprecherin. Sonderbar, wie sich ihr Denken und Fühlen immer wieder auf einer gemeinsamen Basis fand! Im Grunde hatte auch er nicht begreifen können, was die fendalen Herrschaften mit ihren schweren Reiselimusinen und ihrem Gepäcktroß in den Bergen suchten. Etwa die gesund machende Einsamkeit?

Am Bazar in Salzburg verließen Ursel und ihr Begleiter die Bahn.

Einen Augenblick standen sie unschlüssig. Sollten sie nun auseinanderlaufen, um sich vielleicht nie wieder zu sehen? Da war wieder der Zwiespalt in Kerkhoff. Schluß! gebot sein Verstand — halte sie! sein Herz.

Zwei, drei Worte werden zuweilen zur Schicksalswende. Doch daran dachte Ursula Josephy keineswegs, als sie Kerkhoff die Hand reichte und vorschlug: „Treffen wir uns um zwanzig Uhr am Mozarteum . . ."

Im nächsten Augenblick war sie über die Straße gehuscht und im Gewühl des Abendverkehrs untergetaucht.

II.

Ursula bewohnte zwei möblierte Zimmer in einem Hause am Elisabeth-Kai, d. h. für diese beiden Zimmer bezahlte sie Miete. In Wirklichkeit stand ihr die ganze Fünf-Zimmer-Wohnung zur Verfügung; denn die Inhaberin, eine Hofratswitwe, verbrachte den größten Teil des Jahres in Wien bei ihren verheirateten Töchtern. Ursula teilte die Wohnung nur mit einer Beschließerin, die für Ordnung und Sauberkeit sorgte.

Bei ihrer Heimkehr fand die Blondine einen Brief aus München vor.

„Vom Vater!" jubelte sie.

Nun war plötzlich keine Zeit zum Ablegen. Während sie sich in die Sofa-Ecke gleiten ließ, riß sie schon den Umschlag auf.

Liebe Ursel,

wir freuen uns schon auf das Wiedersehen. Hoffentlich kommst Du in den nächsten Tagen. Anfang August habe ich mehrere Tage in Adelholzen zu tun. Unser Sanatorium ist heuer voll belegt, gewiß ein schöner Fortschritt seit dem einjährigen Bestehen. Mutter weilt seit acht Tagen dort zur Kur. Du kennst doch die vorzügliche Wirkung der Primus-Quelle. Ich gebe mich schon der Hoffnung hin, daß auch Du uns einige Tage Gesellschaft leisten wirst. Allzu lange hältst Du es ja doch nicht in der beschaulichen Ruhe aus, Du Bergfex!

Aber nun noch etwas, Mädi. Du schriebst uns, daß Du beabsichtigst, Dich in absehbarer Zeit mit dem Ingenieur Rainer Vidor zu verloben. Ich hielt es daraufhin für meine Pflicht, über diesen Herrn Erkundigungen einzuziehen. Da ich die Angelegenheit für eilig erachte, möchte ich Dir, liebe Ursel, das Ergebnis nicht vorenthalten.

Man hat mir mitgeteilt, daß Herr Vidor, ein gebürtiger Wiener, zwar gut verdient als Vertreter der „Austria", jedoch infolge seiner Spielleidenschaft dauernd Schulden hat. Auch sonst entspricht das Charakterbild nicht dem Ideal, das ich mir von meinem zukünftigen Schwiegersohn, dem Mann meiner einzigen Tochter, entworfen habe. So soll Rainer Vidor während der Inflationszeit wegen Lebensmittel- und Devisenschiebungen mehrfach mit den Gesetzen in Konflikt geraten sein. Kurzum: Ich warne Dich, mein gutes Mädel, vor diesem Menschen! Weil ich nur Dein Bestes erstrebe, kann ich nicht in diese Verbindung willigen, so leid es mir auch tut, Dir mit diesen Zeilen eine Enttäuschung zu bereiten.

Ich hoffe, auf diese Art die Atmosphäre schon etwas zu bereinigen und denke, daß wir alle noch bestehenden Zweifel mündlich beseitigen.

Dein Vater.

Ursel las den Brief ihres Vaters einmal, dann zerriß sie ihn in kleine Fetzen, die in den Papierkorb wanderten. Lachend setzte sich die Blondine über die schwer wiegende Epistel hinweg.

„Inflation — vorbestraft — bah, was geht mich das an?! Rainer ist ein lieber Kerl, der mir gefällt, das ist ausschlaggebend! Vorläufig habe ich mir ihm gegenüber noch nichts vergeben und brauche mir keine Vorwürfe zu machen. Die alten Herrschaften sehen immer Gespenster, wenn ihre Sprößlinge ans Heiraten denken . . ."

Mit diesem kurzen Selbstgespräch hatte die selbständige Ursula Josephy den „Fall" beigelegt. Noch war es nicht so weit, daß sie Vidor eine bindende Zusage gemacht hatte, ergo: was nützte die Schwarzseherei?

Pünktlich um zwanzig fand sich Ursel am Mozarteum ein. Kerkhoff wartete bereits.

„Inzwischen bißchen umgesehen?" fragte sie leichthin.

„O ja. Gegessen im Stiftskeller St. Peter, den Mokka im Tomaselli genommen, mit dem elektrischen Aufzug auf den Mönchsberg, das verdämmernde Salzburg aus der Vogelperspektive genossen, am Zirpen der Heimchen berauscht," erstattete Kerkhoff Bericht.

„Allerhand in der kurzen Zeit!" lobte seine Begleiterin.

„Komm in den Mirabellgarten, da gibt's Militärkonzert!" lockte Kerkhoff. Er hatte sich in einem Hotel einquartiert und dort für den Abend umgekleidet. Immerhin fühlte er sich nicht so ganz wohl in seinem Sportanzug.

„Die Fremden haben soviel Eleganz in diese Stadt getragen, daß man sich in Knickerbockern schon beinahe wie ein Hinterwäldler vorkommt," brummte er.

Tatsächlich war in dem abendlichen Park ein erlesenes Publikum zu sehen. Schmalhüftige Engländerinnen in kostbaren Roben wie auf einer Modenschau, Herren in tadellosen dunklen Anzügen, junge Mädchen in fließenden Gewändern und dekolletiert wie zum Ball. Und alles plaudernd, flanierend, flirtend.

„Ein Abend wie in Arkadien . . ." sagte nachdenklich Ursel, die in ihrem stahlblauen Crepe-Kleid zum Anbeißen hübsch aussah.

Mit einbrechender Dunkelheit entflammte die große Fontäne in allen Farben des Spektrums, und die weißen Statuen schienen Leben zu bekommen. Liebespaare lustwandelten auf gepflegten Wegen. Dazu schuf die schneidige Militärmusik beschwingte Stimmung.

„Wenn einmal der Roman der singenden, klingenden Stadt geschrieben wird, dann kann nur Salzburg das Vorbild sein . . ." sagte Kerkhoff mehr zu sich, als zu Ursula.

„Ich bin nun fast ein Jahr hier, aber noch entdeckte ich täglich neue Schönheiten an der Stadt des Leonhard von Keutschach und des Wolf Dietrich von Raitenau," pflichtete das blonde Mädel bei.

Nach einiger Zeit regte sich in ihr der Uebermut.

„Nun, Verehrter, wie fühlst du dich?" lachte sie zu ihm auf, sich etwas schwerer in seinen Arm hängend.

Kerkhoff vermied es, sie anzusehen, als er entgegnete: „Mir fehlt eine Nymphe zum Glücklichsein."

„Wie soll sie heißen?" blitzte ihn Ursel an.

„Du kannst fragen?"

Das war leise gesprochen, aber der, der ungesehen hinter ihnen ging, hatte es doch gehört.

„Ach du lieber, großer Junge, man sollte dir coram publico einen Kuß geben!" lachte Ursel schelmisch. Und etwas leiser, reumütig: „Verzeih mir, Eberhard. Manchmal sticht mich der Hafer."

In diesem Augenblick gesellte sich der Lauscher zu ihnen, dem es leicht gefallen war, den beiden im Schwarm der Promenierenden auf den Fersen zu bleiben.

„Ah, sieh da, Rainer!" jubelte das Mädchen.

Die Herren ließen sich vorstellen, reichten sich zögernd die Hände.

„Ah, Sie sind der Herr Vidor!" staunte Kerkhoff.

„Und Sie meine schärfste Konkurrenz!" brach der Wiener lachend den Bann.

(Fortsetzung folgt.)